

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

| | |
|---|--|
| Ausschussbetreuender Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport | Datum 13.03.2007 |
| | Schriftführerin Susanne Baran |
| | Telefon-Nr. 02202/142554 |
| Niederschrift | |
| Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport | Sitzung am Dienstag, dem 27. Februar 2007 |
| Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach | Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 18:40 Uhr |
| | Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) |
| Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis | |
| Tagesordnung | |

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite A4
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**
Seite A4
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 28.11.2006 - öffentlicher Teil**
105/2007, Seite A4
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite A4
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
Seite A4
- 6. "Strategische Zielsteuerung"**
559/2006, Seite A5

7. **Preis für Schülerinnen und Schüler AMG**
37/2007, Seite A5
8. **Preise für Schülerinnen und Schüler der Max-Bruch-Musikschule**
72/2007, Seite A5
9. **Festlegung der Zügigkeiten für die städtischen weiterführenden Schulen**
86/2007, Seite A5
10. **Sachstandsbericht Schulschwimmbad Mohnweg**
96/2007, Seite A6
11. **Ganztagshauptschule am Standort Ahornweg**
112/2007, Seite A6
12. **Integrierte Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplanung (Primarbereich)**
35/2007, Seite A7
13. **Geplante Schulsanierungsmaßnahmen im Jahr 2007**
98/2007, Seite A8
14. **Anregung der Initiative zur Verbesserung von Sprachförderung und Integration von Migrantenkindern in Gronau**
88/2007, Seite A9
15. **Vereinbarung über die Kooperation zur Trägerschaft Bücherei Bensberg**
113/2007, Seite A9
16. **Einsparvorschläge für die Stadtbücherei im forum**
101/2007, Seite A11
17. **Änderung Wirtschaftsplan der städtischen Kultureinrichtung "GL-Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2007**
103/2007, Seite A12
18. **Zertifikate an der Volkshochschule**
75/2007, Seite A13
19. **Benutzungsentgelte für Schwimmvereine**
47/2007, Seite A14
20. **Neuaufbau des Sportplatzes Milchborntal nach erfolgter "Kieselrotsanierung"**
99/2007, Seite A14
21. **Anträge der Fraktionen**
Seite A15
22. **Anfragen der Ausschussmitglieder**
Seite A16

B **Nichtöffentlicher Teil**

- 1.** **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil -**
Seite B1

- 2.** **Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite B1

- 3.** **Mitteilungen des Bürgermeisters**
Seite B1

- 4.** **Besetzung von Funktionsstellen an städtischen Schulen**
97/2007, Seite B1

- 5.** **Anträge der Fraktionen**
Seite B2

- 6.** **Anfragen der Ausschussmitglieder**
Seite B2

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden bzw. stellvertretenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest und tritt in die Tagesordnung ein.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 28.11.2006 - öffentlicher Teil

@->

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@->

Herr Dr. Miede gibt bekannt, dass der Bergische Löwe am 20.03. um 14 Uhr das englischsprachige Theaterstück „Fahrenheit 451“ aufführen wird, Schülerinnen und Schüler sollten darauf aufmerksam gemacht werden.

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Herr Dr. Speer berichtet hinsichtlich der Presseberichterstattung zur Villa Zanders aus der vergangenen Woche, dass die inhaltliche Seite des Konzepts durch baurechtliche Fragen nicht berührt werde und der Programmbeirat bereits getagt habe.

Herr Dr. Speer lädt die Ausschussmitglieder zur Eröffnung der Ausstellung „Frauenfußball in Deutschland“ am 4. März um 17 Uhr in die VHS ein.

<-@

6 "Strategische Zielsteuerung"

@->

Frau Winkels beantragt, den TOP auf die Sondersitzung des Rates am 8. März zu verschieben.

Der Vertagung wird vom Ausschuss zugestimmt.

<-@

@->

<-@

7 Schüler des Albertus Magnus Gymnasium gewinnen Preis der Konrad Adenauer Stiftung

@->

Herr Dr. Speer ergänzt, dass die Ausstellung auch in Süddeutschland Erwähnung in der Presse gefunden habe. Er dankt allen Beteiligten.

Die besonderen Leistungen der Schüler werden vom Ausschuss ausdrücklich gelobt.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

8 Schülerinnen und Schüler der Max-Bruch-Musikschule haben erfolgreich 1. und 2. Preise erreicht.

@->

Herr Dr. Speer ergänzt, dass es einen weiteren Preisträger gebe, der im Bereich „Horn“ den 3. Preis erzielt habe.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

@->

<-@

9 Festlegung der Zügigkeiten für die städtischen weiterführenden Schulen

@->

Herr Dr. Speer weist darauf hin, dass die Vorlage in die Sitzung des Rates am 1. März eingehen werde, dies sei bei der Erstellung der Druckvorlage übersehen worden.

Herr Mömkes erklärt, dass man die Vorlage begrüße und ihr zustimmen werde, eine sichere Planung werde für alle Schulen hergestellt.

Herr Dr. Mieke stimmt der Vorlage ebenfalls zu, die Möglichkeit der Variation sei gegeben, gleichzeitig würden aber auch die vom Ausschuss festgelegten Einschränkungen gelten.

Der ABKSS fasst einstimmig, bei zwei Enthaltungen der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den folgenden Beschluss:

Die städtischen weiterführenden Schulen dürfen in der Sekundarstufe I innerhalb eines Jahrgangs nicht mehr als die nachfolgend festgelegte Anzahl von Parallelklassen aufnehmen:

| | |
|--|---|
| <i>Integrierte Gesamtschule Paffrath</i> | 6 |
| <i>Albertus-Magnus-Gymnasium</i> | 4 |
| <i>Otto-Hahn-Gymnasium</i> | 4 |
| <i>Nicolaus-Cusanus-Gymnasium</i> | 4 |
| <i>Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium</i> | 4 |
| <i>Gymnasium Herkenrath</i> | 4 |
| <i>Realschule Im Kleefeld</i> | 3 |
| <i>Johannes-Gutenberg-Realschule</i> | 3 |
| <i>Otto-Hahn-Realschule</i> | 3 |
| <i>Marie-Curie-Realschule</i> | 2 |
| <i>Realschule Herkenrath</i> | 3 |
| <i>Gemeinschaftshauptschule Kleefeld</i> | 2 |
| <i>Gemeinschaftshauptschule Ahornweg</i> | 3 |

Die Schulen können in Absprache mit der Schulverwaltung zusätzliche Klassen aufnehmen, wenn dies die Raumbilanz des Schulgebäudes nicht nachteilig beeinflusst. Das ist in der Regel nicht der Fall, wenn in einzelnen Jahrgängen die festgelegte Zügigkeit nicht erreicht wurde.

<-@

@->

<-@

10 Sachstandsbericht Schulschwimmbad Mohnweg

@->

Herr Willnecker zeigt sich erfreut über die ausführliche Vorlage, er favorisiere die Alternative B, ein Sanierungskonzept müsse dann erarbeitet werden.

Herr Neu und Herr Schier schließen sich dem an. Eine Erhaltung des Schulschwimmbads Mohnweg sei wichtig.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

11 Ganztagshauptschule am Standort Ahornweg

@->

Herr Dr. Speer weist den Ausschuss auf die Tischvorlage mit dem ergänzten Beschlussvorschlag hin. Die Vorlage sei mit allen Beteiligten abgestimmt worden.

Die Hauptschule Ahornweg arbeite mit der Assistenz der zukünftigen Partner am pädagogischen Konzept des Ganztagsbetriebs, das am 15.3. bei der Bezirksregierung vorgelegt werden müsse. Jede Fraktion werde ein Exemplar des Konzeptes erhalten.

Herr Schier begrüßt das Projekt, er möchte wissen, ob der Beschlussvorschlag bedeu-

te, dass die Johanniter-Hauptschule bereits zum kommenden Schuljahr keine 5. Klassen mehr aufnehmen werde und ob die Mittel für die Ganztags Hauptschule Ahornweg gesichert zur Verfügung stehen. Er erkundigt sich weiterhin, ob es Veränderungen an der Hauptschule Kleefeld in Richtung Ganztag geben werde.

Die Johanniter-Hauptschule nimmt ab dem Schuljahr 2007/2008 keine neue Eingangsklasse mehr auf und läuft in Folge aus.

Herr Dr. Miede erklärt, dass das Ganztags Hauptschulprogramm in diesem Jahr letztmalig aufgelegt werde. 12 Schulen in NRW würden dabei bedacht, wobei 9 Schulen im Kölner Regierungsbezirk liegen werden. Die Chancen für Bergisch Gladbach stünden daher nicht schlecht. Die Hauptschule Kleefeld solle weiterhin eine Halbtagschule bleiben.

Der ABKSS fasst einstimmig, bei einer Enthaltung der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den folgenden, **durch die Tischvorlage ergänzten**, Beschluss:

1. Die Johanniter-Hauptschule Herkenrath wird zum 01. April 2007 mit der Gemeinschaftshauptschule Ahornweg zusammengelegt.
2. Die bisherige Hauptschule Herkenrath wird so lange als Teilstandort der Hauptschule Ahornweg geführt, solange die Lehrerversorgung und die Vorgaben des Landes zur Klassenbildung dies zulassen, längstens bis zum 31.07.2012.
3. Am Standort Ahornweg wird zum 01.08.2007 eine Gemeinschaftshauptschule in Ganztagsform errichtet.
4. Der Aufbau der Ganztags Hauptschule erfolgt sukzessive, d.h. im Schuljahr 2007/2008 mit den neu eingeschulerten fünften Klassen

<-@

@->

<-@

12 Integrierte Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplanung (Primarbereich)

@->

Herr Dr. Speer berichtet, dass der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 30.01.2007 einstimmig, bei einer Enthaltung der FDP, den folgenden Beschluss gefasst habe:

1. Dem Plan „Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Alter bis 10 Jahren – Integrierter Entwicklungsplan bis 2015 für die Kindertagespflege, Spielgruppen, Kindertagesstätten und Grundschulen“ von Oktober 2006 wird Berücksichtigung der Ergänzungen aus der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses, des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport und des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann am 23. November 2006 und den Beratungen mit den freien Trägern zugestimmt.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Planungen zusammen mit den Trägern der freien Jugendhilfe und den Grundschulen umzusetzen.

Desweiteren ergänzt er, dass dem Antrag der Wilhelm-Wagener-Schule auf Ganztag nicht stattgegeben wurde, dort werde weiterhin der offene Ganztag durchgeführt. Der Plan müsse daher angepasst werden.

Frau Lehnert erkundigt sich, ob die Finanzierungsregelung der Verwaltung im Be-

reich der Betriebskostenförderung juristisch unanfechtbar sei. Sie erläutert eine Anregung der Verbände und freien Träger aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses, dass die Schulen zunächst pro Schule mit 40 % ihrer Schüler gefördert werden und dann geprüft werde, wie viel weitere Schüler man nach dem Bergisch Gladbacher Modell fördern könne und darüber hinaus nach dem Landesmodell zu fördern. Dies schaffe mehr Planungssicherheit.

Herr Dr. Speer erklärt, dass die Verwendung des Erlasses rechtlich zulässig sei.

Herr Dr. Miede bittet die Verwaltung, möglichst rasch die auf Seite 26, vorletzter Absatz erwähnten Aufnahmekriterien zu entwickeln.

Herr Dr. Kerschner möchte wissen, warum man von dem „60% Modell“ abgewichen sei, wenn man doch wisse, dass nicht alle Anmeldungen berücksichtigt werden können.

Herr Dr. Miede verweist dazu auf die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung von JHA und ABKSS. Die Verbände hätten die 60 % personell und inhaltlich als nicht leistbar angesehen. Die Verwaltung sei dem nachgekommen.

Der ABKSS fasst einstimmig den folgenden, vom JHA ergänzten, Beschluss:

1. Dem Plan „Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im Alter bis 10 Jahren - Integrierter Entwicklungsplan bis 2015 für die Kindertagespflege, Spielgruppen, Kindertagesstätten und Grundschulen“ von Oktober 2006 wird Berücksichtigung der Ergänzungen aus der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses, des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport und des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann am 23. November 2006 und den Beratungen mit den freien Trägern zugestimmt.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Planungen zusammen mit den Trägern der freien Jugendhilfe und den Grundschulen umzusetzen.

<-@

@->

<-@

13 Geplante Schulsanierungsmaßnahmen im Jahr 2007

@->

Herr Dr. Miede erinnert daran, dass die Prioritätenliste gemeinsam vor eineinhalb Jahren festgelegt wurde.

Herr Dr. Speer weist darauf hin, dass die Sanierung der Turnhalle in der Eichelstraße auf das nächste Jahr verschoben werden musste, weil andere Maßnahmen aus Sicherheitsgründen komplett durchgeführt werden mussten.

Frau Beisenherz-Galas erkundigt sich, inwiefern weitergehende Maßnahmen wie CO₂-Ausstosseindämmung, Wärmedämmung etc. hierbei angedacht sind.

Herr Dr. Miede erklärt, dass dies als Empfehlung aufgenommen werden könne.

Herr Willnecker vermisst in der Aufstellung die GGS Paffrath, dort seien die Toilettenanlagen in einem maroden Zustand.

Herr Pütz erklärt, dass die GGS Paffrath in die Planungsüberlegungen für 2008 aufgenommen werde.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

14 Anregung der Initiative zur Verbesserung von Sprachförderung und Integration von Migrantenkindern in Gronau

@->

Herr Dr. Speer erklärt, dass es sich bei der Vorlage um zwei unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche handle. Die Maßnahme unter Punkt 1 sei Aufgabe der Schulverwaltung, die anderen Maßnahmen seien Aufgabe des Jugendamtes.

Herr Kleine dankt für die schnelle Umsetzung der Anregungen der ivsim.gronau

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

15 Vereinbarung über die Kooperation zur Trägerschaft Bücherei Bensberg

@->

Herr Mumdey erläutert, dass sich der Ausschuss in der vergangenen Sitzung für eine der vier möglichen Varianten entschieden habe und der Verwaltung den Auftrag erteilt habe, diese Variante umzusetzen. Man habe mit dem Progymnasium intensiv verhandelt und einen Vertragsentwurf erstellt, der heute vorgelegt werde. Der heute vorliegende Entwurf sei noch einmal redaktionell überarbeitet worden, die Eckpunkte aber seien bestehen geblieben. Der Vertrag müsse nun noch dem Progymnasium zur Endabstimmung vorgelegt werden. Es sei Absicht der Verwaltung gewesen, klare Vertragsverhältnisse zu schaffen, so erbringe die Stadt die Leistung, das Personal zu stellen. Weiterhin sei geregelt, dass der Medienbestand übergeben werde. Die ausgehandelte Lösung sei weitaus wirtschaftlicher als die bisherige Regelung.

Herr Dr. Speer weist auf die **Ergänzung der Vorlage im §2, Abs. 3 und 4 durch die Tischvorlage** hin.

In Bezug auf die Berichterstattung der Presse, die von Vereinbarungen spreche, die die Stadt zu Lasten Dritter abschließe, erklärt Herr Dr. Speer, dass er zum § 4 Abs. 3 „Leistungen des Vereins“ noch am heutigen Tage mit dem alleinvertretungsberechtigten Vorstand des Vereins, Herrn Dr. Damann gesprochen habe. Der § 4 Abs. 3 sei die Zusage, die der Verein leisten werde. Herr Dr. Damann habe um eine redaktionelle Änderung gebeten. Der Verein wünscht folgende Ergänzung im § 4 Abs. 3 „Der Verein für eine öffentliche Bücherei in Bensberg unterstützt nach eigener Zusage die Bibliothek durch ehrenamtliche Mitarbeit und durch Medienanschaffungen **bis maximal** in Höhe der Mitgliedsbeiträge und eventuell weiterer Sponsoringmittel“. Der Änderung wird zugestimmt.

(nachrichtlich: bzgl. der Aussage zur Alleinvertretung von Herrn Dr. Damann hat sich Herr Dr. Speer geirrt, Herr Dr. Damann ist nicht alleinvertretungsberechtigt).

In Kürze werde mit der Mäzenin und dem Vorstand des Progymnasiums ein Gespräch stattfinden. Sie versichert, dieses Modell weiterhin zu unterstützen.

Herr Mömkes erklärt, dass man sehr froh über den erfolgreichen Abschluss dieses Verfahrens sei.

Herr Kleine fragt nach, wann der Vertrag unterschriftsreif sei. Er lobt die gefundene Lösung und erkundigt sich, ob die in § 4 Abs. 2 vorgesehenen 5.000 € ausschließlich für die Beschaffung von Sachmitteln vorgesehen seien.

Frau Beisenherz-Galas regt an, den § 2 Abs. 3 zu ergänzen. Die Stadt solle sich dahingehend absichern, dass im Falle einer Auflösung des Vereins „Progymnasium e. V.“ der Medienbestand an die Stadt zurückgehe.

Herr Dr. Miege fügt an, dass dies dann unter § 3 als neuer Abs. 10 neu aufgenommen werden könne. Es besteht Unklarheit, ob die Stadt für den Fall der Vereinsauflösung nicht bereits abgesichert ist. Herr Dr. Miege erklärt, dass dies als Anregung für die Verwaltung aufgenommen werde.

(nachrichtlich: § 3 wird folgendermaßen ergänzt: „§ 3 Abs. 9 Sollte sich der Verein vor Ablauf des Vertrages auflösen oder dieser Vertrag gekündigt werden, werden die noch nicht abbeschriebenen Medien (§ 2, Abs. 3) und das noch nicht abbeschriebene Inventar (§ 2, Abs. 4) an die Stadt zurückgegeben.“ Der bisherige § 3 Abs. 9 wird § 3 Abs. 10)

Herr Mömkes fragt an, ob es auch Überlegungen dahingehend gebe, dass die Leserausweise der Stadtbücherei im „forum“ auch in Bensberg gelten werden. Dies wird derzeit verhandelt.

Frau Beisenherz-Galas erläutert, dass es bekanntlich strittig sei, wie groß die Räumlichkeiten nun seien. Es werde in der Öffentlichkeit bemängelt, dass der Umzug eine Verkleinerung der Bücherei bedeute. Sie erkundigt sich nach einem Verhandlungsspielraum in Bezug auf die m²-Zahl. Derzeit seien ja 160 m² vorgesehen, was eine Verkleinerung von 240 m² bedeute.

Herr Dr. Miege weist auf den § 3 Abs. 1 hin, daraus würden sich 170 m² sowie 60 m² ergeben .

Herr Mumdey erklärt, dass bei einer heutigen Zustimmung der Vertragsabschluss kurzfristig möglich sei.

Die 5.000 € aus § 4 Abs. 2 seien lediglich für die Sachmittelbeschaffung bestimmt. Die Ergänzung bzgl. der Absicherung für den Fall der Vereinsauflösung sei sicher machbar, müsse aber erst mit der Gegenseite abgestimmt werden.

Herr Dr. Speer ergänzt, dass die Mäzenin signalisiert habe, dass Modell für fünf Jahre zu unterstützen. Gleiches versuche man bei der Bensberger Bürgerstiftung zu erreichen. So könne eine Synchronität der Vertragsverhältnisse geschaffen werden.

Der ABKSS fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Dem Kooperationsvertrag **mit den Ergänzungen** wird zugestimmt

2. *Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung notwendigen Rechts-handlungen vorzunehmen. Formelle Änderungen, die den materiellen Gehalt des Kooperationsvertrages nicht berühren, bedürfen keiner erneuten Zustimmung.*

<-@

@->

<-@

16

Einsparvorschläge für die Stadtbücherei im forum

@->

Herr Mumdey erläutert, dass in der vergangenen Sitzung zu dieser Sache ein Papier vorgelegt wurde, zu dem die Verwaltung in der Sitzung keine Stellung nehmen konnte. Es habe sich um Einsparvorschläge aus Sicht der freien Wirtschaft gehandelt. Derartige Vorschläge seien aber in der öffentlichen Verwaltung nicht ohne weiteres umsetzbar und mussten daher erst überprüft werden. Das Ergebnis dieser Überprüfungen werde nun mit dieser Vorlage vorgelegt. Es handle sich dabei aber nur um eine reine Bewertung der Einsparvorschläge aus Sicht der öffentlichen Verwaltung, konzeptionelle Änderungen werde die Stadtbücherei in einer Vorlage für die Sitzung im Juni 2007 einbringen.

Herr Dr. Speer erklärt, dass der Beschluss zu „3. Haustechniker“ und „4. Öffnungszeiten“ als beabsichtigte Maßnahmen erfolge, weil dort das Mitbestimmungsverfahren des Personalrats noch nicht abgeschlossen sei.

Herr Kleine erklärt sich nicht erfreut darüber, dass eine Unternehmensberatung sich mit den Angelegenheiten der Verwaltung befasse und sich die Verwaltung dann damit auseinandersetzen müsse. Die Stadtbücherei sei ohnehin in einem Umwandlungsprozess, so dass hier von außen in einen Optimierungsprozess eingegriffen wurde, dies sei nicht richtig. Besonders die Einsparvorschläge im Personalbereich seien nicht umsetzbar, da man das Personal nicht entlassen könne. Die Einsparvorschläge aus dieser Vorlage sollten gemeinsam mit den konzeptionellen Vorschlägen in der nächsten Sitzung beraten werden.

Herr Mumdey erklärt, dass der Ausgleich des Korridors nur erreicht werden konnte, indem diese Einsparung in Höhe von 40.300 € bereits eingerechnet wurde.

Herr Kleine habe insofern recht, dass die Verwaltung sich nicht durch Dritte treiben lassen solle, sondern von sich aus ihre Einrichtungen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten beleuchten solle. Im II. Quartal werde es mit dem Ziel einer wirtschaftlichen Optimierung eine Vorlage zu einer weiteren Einrichtung geben.

Stellen könnten nicht durch Entlassungen eingespart werden, wohl könne man aber überprüfen, ob das Personal nicht an anderer Stelle in der Verwaltung eingesetzt werden könne.

Frau Lehnert erkundigt sich nach den absoluten Zahlen, die hinter den Prozentzahlen (19,8 % und 23,9 % im 1. Hj. 06) in Bezug auf den Nutzungsrückgang der Bildstelle bzw. des Geräteverleihs stehen. Die Frage wird mit dem Protokoll beantwortet.

(nachrichtlich:

Geräteverleih: Ausleihe 2005/I 162, Ausleihe 2006/I 130, Rückgang um 32= -19,8 %
Bildstelle/Medien: Ausleihe 2005/I 3.268, Ausleihe 2006/I 2.740, Rückgang um 528=-23,9%)

Herr Schier begrüßt es, dass sich Externe die Verwaltung hinsichtlich Einsparmöglichkeiten anschauen. Viele Städte würden Unternehmensberatungen in Anspruch nehmen. Es sei doch fantastisch, dass so ein Netzwerkadministrator für den Schulbereich ermöglicht werden konnte, wo die Verwaltung dies doch noch vor kurzem als nicht machbar bezeichnet hatte.

Herr Mömkes schließt sich dem an, man müsse immer offen für Vorschläge sein. Ob sie umsetzbar seien, müsse dann geprüft werden, wie es die Verwaltung hier getan habe.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, sie könne der Vorlage nicht in allen Punkten zustimmen. Ursprünglich sei es Ziel gewesen, freiwerdende Kapazitäten für die Bücherei Bensberg zu nutzen, nun aber gingen alle Einsparungen in den allgemeinen Korridor ein.

Besonders der Bereich „Schulbibliothek“ sei problematisch zu sehen, einem Abbau von Kräften könne man hier nicht zustimmen.

Herr Mumdey entgegnet, dass die Schulbibliotheken nicht direkt betroffen seien, es würden lediglich die 1,5 Stellen im Übersoll abgebaut. Bergisch Gladbach sei weit und breit die einzige Stadt, die sich an einigen großen Schulen Schulbibliotheksstellen leiste.

Herr Dresbach schließt sich Herrn Kleine an und gibt zu Bedenken, dass es auch ein kompetentes städtisches Rechnungsprüfungsamt gebe, das sich mit der Entwicklung derartiger Einsparmöglichkeiten befassen könne.

Der ABKSS fasst mehrheitlich, bei zwei Gegenstimmen der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den folgenden Beschluss:

Der Ausschuss stimmt den Einsparvorschlägen in Höhe von 40.300 € zu.

Der Beschluss zu „3. Haustechniker“ und „4. Öffnungszeiten“ erfolgt als beabsichtigte Maßnahme.

<-@

@->

<-@

17 **Änderung Wirtschaftsplan der städtischen Kultureinrichtung "GL-Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2007**

@->

Herr Dr. Speer ergänzt, dass es sich bei den Einsparungen im Bereich der Karnevalszuschüsse lediglich um eine Regelung für dieses Jahr gehandelt habe, da eine großzügige Spende geflossen sei. Man werde sich auch für die Folgejahre bemühen, müsse aber die Zuschüsse bei den Haushaltsanmeldungen miteinbringen.

Der ABKSS fasst einstimmig, bei zwei Enthaltungen der FDP und einer Enthaltung der BFBB, den folgenden Beschluss:

Die Änderungen für den Wirtschaftsplan „GL-Kultur/Kulturbetrieb Bergisch Gladbach“ für das Wirtschaftsjahr 2007 werden wie vorgelegt festgestellt.

<-@

@->

<-@

Zertifikate an der Volkshochschule

@->

Herr Ludwig ergänzt, dass der Landesverband der Volkshochschulen Herrn Schröder zum Landesbeauftragten für „European Computer Passport Xpert Master“ und „e-card.nrw“ ernannt habe. Im Bereich Sprachen sei Herr Paaß Landesbeauftragter für „TELC Deutsch“, darüber hinaus sei er in die Qualitätskommission „Sprachen an Volkshochschulen“ berufen worden.

Herr Kleine erkundigt sich nach der Anzahl der Diplome und ob es eine Erfolgsquote gebe. Er möchte wissen, wie im Bereich der Hauptschulzertifikate die Entwicklung sei und wie die Erfolge der Kooperationsgemeinschaft der VHS Siegburg, Siegen, Leverkusen und Bergisch Gladbach aussehen. Weiterhin fragt er an, was es für Projekte für Migranten und arbeitslose Jugendliche gebe.

Herr Ludwig erklärt, dass es zur Erreichung des Hauptschulabschlusses die „Abendform“ und mittlerweile auch die „Tagesform“ gebe. In Abendform sei es so, dass es zwei Lehrgänge pro Jahr, bzw. im Turnus von zwei Jahren, gebe. Beginnen würden um die 30 Teilnehmer, den entsprechenden Abschluss erhalten dann zwischen 14-17 Teilnehmer. Darüber hinaus habe man seit dem letzten Jahr eine Qualifizierungsmaßnahme für langzeitarbeitslose Jugendliche bis 24 Jahre. Konzipiert sei dies für 20 Teilnehmer, aufgenommen habe man aber 24. In den Prüfungskurs habe man 15 Jugendliche übernehmen können.

Herr Dr. Bernhauser erläutert, dass das Thema „Zertifikate“ ein Teilthema der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung der VHS sei. Er weist auf die landesweite Anerkennung hin.

Er erkundigt sich, ob es ein Anforderungsprofil für die Fremdsprachenlehrkräfte gebe und ob die Kundenzufriedenheit regelmäßig abgefragt werde.

Herr Paaß erläutert, dass die weiterführenden Englischzertifikate aus dem Projekt „Weiterbildung geht zur Schule“ hervorgegangen seien. Im ersten Durchlauf seien dabei Schüler der gesamten Oberstufe erfasst worden, so dass hier die Teilnehmerzahlen deutlich höher waren als im zweiten Durchgang, wo man nun hauptsächlich Schüler der Klasse 11 habe. Schülerinnen und Schüler, die im ersten Durchgang die erste Prüfung abgelegt haben, befinden sich nun auf der höheren Niveaustufe und bereiten sich auf die nächste Prüfung vor. Man bemühe sich, diese Kooperation auch anderen Schulen anzubieten.

Im Bereich der Basisqualifizierung gebe es zum einen eine obligatorische Basisqualifizierung, die sich konkret auf die Migrationskurse beziehe. Hier würden hohe Anforderungen an die Vorbildung der Kursleiter gestellt. Man sei eine von fünf Volkshochschulen in NRW, die berechtigt sei, diese Spezialausbildung für die Kursleitenden durchzuführen. Das Fremdsprachenzertifikat was man dort anbiete, sei eines, was man ganz bewusst nicht alleine, sondern im Verbund mit den anderen drei Städten, durchführen wolle.

Herr Schier gratuliert dem Team der VHS.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

@->

<-@

19 **Benutzungsentgelte Schwimmvereine**

@->

Herr Neu regt an, den TOP zu verschieben, da die Entgelte erst ab 01.01.2008 gelten sollen. Die Sportvereine seien in den Prozess der Entscheidungsfindung sehr früh eingebunden gewesen, bei den Schwimmvereinen sei dies dagegen bisher nicht der Fall gewesen.

Auf Grundlage der Vorlage solle die Verwaltung Kontakt mit den Schwimmvereinen aufnehmen.

Herr Mömkes schließt sich dem an, fügt aber hinzu, dass bei den Gesprächen die sportpolitischen Sprecher der Fraktionen jeweils hinzugezogen werden sollten.

Herr Schier schließt sich dem an, die Kommunikation mit den Vereinen sei wichtig.

Herr Mumdey erklärt, dass er die Kommunikation ebenfalls für wichtig halte. Man habe zunächst abwarten wollen, ob der Ausschuss mit den Vorschläge einverstanden sei, ehe man Kontakt mit den Vereinen aufnehmen wolle. Mit der Vorlage als Grundlage wird man dies nun tun.

Bei einer Gegenstimme der KIDinitiative wird der Vertagung des Tagesordnungspunkts mehrheitlich zugestimmt.

<-@

@->

<-@

20 **Neuaufbau des Sportplatzes Milchborntal nach erfolgter "Kieselrotsanierung"**

@->

Herr Schier erklärt, dass man sich enthalten werde, da einige Fragen offen seien. Man sei für die Förderung des Sports an diesem Standort, sehe aber auch die ungeklärte Frage der Parkplatzsituation für das Schwimmbad. Er erkundigt sich nach konkreten Zahlen in Bezug auf die Parkplätze und ob diese evtl. ausgeweitet werden können. Der Vorlage könne man so nicht zustimmen.

Herr Dr. Miede weist darauf hin, dass die Entscheidung am morgigen Tage im FLA fallen werde.

Herr Neu erklärt, dass man bereits am heutigen Tage eine Abwägung vornehmen müsse. In der Tat brauche die Bäder GmbH Parkraum, man solle den Prozess aber auch im Sinne der Vereine nicht weiter hinauszögern. Man habe sich eingehend mit der Sache beschäftigt, ausschlaggebend seien dann die Argumente des Fußballvereins gewesen, der deutlich machen konnte, dass er mit der Anzahl seiner Jugendmannschaften auf einem kleineren Platz nicht trainieren könne. Daher komme nur die 400-m-Bahn in Frage. Da die Kostenfrage ja in dem Fall kein Argument sei, wolle man die 400-m-Bahn, wenn auch dies nicht im Interesse der Bäder GmbH sei. Offensichtlich würden aber Überlegungen bei der GmbH anstehen, auf ihrem eigenen Gelände weitere Parkplätze zu schaffen.

Herr Willnecker schließt sich dem an, die 400-m-Bahn sei gesichert, wichtig sei nun, dass der Platz schnell fertig werde.

Herr Dr. Speer erläutert, dass die Bäder GmbH auf ihrem Areal weitere 30-40 Parkplätze schaffen wolle, insgesamt stünden dann 200 Parkplätze zur Verfügung. An Hochsaisontagen könne keine Kompensation geschaffen werden. Hochsaisontage gebe es aber nur sehr wenige im Jahr, dies sei zu bedenken.

Herr Dresbach macht darauf aufmerksam, dass die Vergabe im morgigen Vergabeausschuss geklärt werde, Frage sei nun, Kunstrasenplatz ja oder nein.

Herr Mumdey erklärt, dass die Mittel im morgigen FLA beschlossen werden. Der Bau des Kunstrasenplatzes sei lediglich Sache des Vereins, die Stadt leiste nur einen Zuschuss in Höhe der Kosten eines Tennenplatzes

Herr Weirich erläutert, dass bisher nur eine Kieselrotsanierung erfolgt sei.

Der ABKSS fasst einstimmig, bei zwei Enthaltungen der FDP, den folgenden Beschluss:

- 1. Der Neuaufbau des Sportplatzes Milchborntal erfolgt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel bis zu einer maximalen Summe von 530.000 Euro entsprechend dem städtischen Standard als Tennenplatz mit Laufbahn durch die Stadt Bergisch Gladbach.*
- 2. Wenn der Verein FC Bensberg, wie signalisiert, den Umbau zum Kunstrasenplatz mit Tartanlaufbahn anstrebt, bestehen keine Bedenken, dass der Verein den Neuaufbau in eigener Zuständigkeit und Finanzierung betreibt. Die finanzielle Beteiligung der Stadt wird begrenzt auf das maximale Kostenvolumen der Lösung zu 1.*
- 3. Für den Fall zu 2. wird die Verwaltung beauftragt, mit dem Verein einen Vertrag entsprechend den Ausführungen in der Vorlage auszuhandeln und dem Ausschuss zur Kenntnisnahme vorzulegen.*
- 4. Die kalkulierten Baukosten von 995.000 € werden über Haushaltsausgaberest aus 2006 und fortgeschriebenen Ansatz für 2007 finanziert. Sollten in der Abwicklung geringere Kostenanteile für die Stadt anfallen, beauftragt der Finanzausschuss den Kämmerer, den überschießenden Anteil zu sperren.*

<-@

@->

<-@

21 Anträge der Fraktionen

@->

Es liegen keine Anträge vor.

<-@

22 Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Frau Lehnert weist daraufhin, dass viele Veranstaltungen sonntags um 11 Uhr stattfinden würden. Die Veranstalter sollten auf diese unglückliche Tatsache hingewiesen und angeregt werden, dies zu ändern, da es sich mit den Gottesdienstzeiten überschneide.

Dr. Wolfgang Miede
Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Kultur, Schule und Sport

Dr. Lothar Speer
Fachbereichsleiter

Susanne Baran
Schriftführerin